Objekttyp: **Issue**

Zeitschrift: **Schweizerisches Handelsamtsblatt = Feuille officielle suisse du commerce = Foglio ufficiale svizzero di commercio**

Band (Jahr): **36 (1918)**

Heft 16

PDF erstellt am: **27.04.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Bern
Montag, 21. Januar
1918

Schweizerisches Handelsamtsblatt

Berne
Lundi, 21 janvier
1918

Feuille officielle suisse du commerce · Foglio ufficiale svizzero di commercio

Erscheint 1—2mal täglich — XXXVI. Jahrgang — XXXVIme année — Paraît 1 ou 2 fois par jour

N° 16

Redaktion u. Administration im Schweiz. Volkswirtschaftsdepartement — Abonnemente: *Schweiz:* Jährlich Fr. 12.20, halbjährlich Fr. 6.20 — *Ausland:* Zuschlag des Porto — Es kann nur bei der Post abonniert werden — Preis einzelner Nummern 15 Cts. — Annoncen-Regie: Publicitas A. G. — Insertionspreis: 40 Cts. die sechsgespaltene Kolonelzeile (Ausland 50 Cts.)

Rédaction et Administration au Département suisse de l'économie publique — Abonnements: *Suisse:* un an fr. 12.20, un semestre fr. 6.20 — *Etranger:* Plus frais de port — On s'abonne exclusivement aux offices postaux — Prix du numéro 15 Cts. — Régie des annonces: Publicitas S. A. — Prix d'insertion: 40 cts. la ligne (pour l'étranger 50 cts.)

N° 16

Inhalt: Handelsregister — Fabrik- und Handelsmarken — Versorgung des Landes mit Speiseölen und Speisefetten. — Wollversorgung des Landes. — Eidgenössische Kriegsgewinnsteuer. — Deklarationspflicht für Reisendengepäck bei der Ausfuhr.

Sommaire: Registre de commerce — Marques de fabrique et de commerce — Mesures destinées à développer la production des denrées alimentaires — Approvisionnement du pays en laine. — Impôt fédéral sur les bénéfices de guerre. — Déclaration obligatoire pour le bagage des voyageurs à l'exportation.

Amtlicher Teil — Partie officielle — Parte ufficiale

Handelsregister — Registre de commerce — Registro di commercio

I. Hauptregister — I. Registre principal — I. Registro principale

Zürich — Zurich — Zurigo

Patentartikel. — 1918. 16. Januar. Inhaber der Firma **E. Zysset** in Wädenswil ist Ernst Zysset, von Heiligenschwendi (Bern), in Wädenswil. Vertrieb eigener Patentartikel; Schlossbergstrasse 41.

Maschinen und Maschinen für technische Fabrikate. — 16. Januar. Inhaber der Firma **Jean Egli, Ing.** in Zürich 2 ist Jean Egli, von Dürnten, in Zürich 2. Handel in Maschinen und Maschinen für technische Fabrikate; Gartenstrasse 32.

Schreinerei und Glaserei. — 16. Januar. Inhaber der Firma **Kasimir Schwär** in Erlenbach ist Kasimir Schwär, von Alt Simonswald (Grossherzogtum Baden), in Erlenbach. Mechanische Schreinerei und Glascrei; zur Säge. Die Firma erteilt Prokura an Frieda Schwär geb. Keinardt, die Ehefrau des Inhabers.

16. Januar. Unter der Firma **Pensionskasse der Beamten und Angestellten der Schweizerischen Nationalbank** hat sich mit Sitz in Zürich am 11. Dezember 1917 eine Genossenschaft gebildet mit dem Zweck, ihre Mitglieder gegen die wirtschaftlichen Folgen der Invalidität, des Alters und des Todes zu versichern. Mitglieder der Genossenschaft sind, auf Grund schriftlicher Beitrittserklärungen, zunächst die Mitglieder der Lokaldirektionen und alle ständigen Beamten und Angestellten, welche am 1. Januar 1918 im Dienst der Schweizerischen Nationalbank stehen. Die später in den Dienst tretenden Mitglieder der Lokaldirektionen, Beamten und Angestellten werden Mitglieder der Genossenschaft mit dem Tage der definitiven Anstellung, sofern sie schriftlich ihren Beitritt erklären, das 40. Altersjahr noch nicht überschritten haben und das vorgeschriebene ärztliche Zeugnis beibringen. Ein Beamter oder Angestellter, welcher nach dem 1. Januar 1918 in einem Lebensalter von über 40 Jahren in den Dienst der Bank tritt, kann in die Genossenschaft aufgenommen werden, wenn er den Gesundheitsausweis leistet und wenn er und die Bank ihre Beiträge bis auf das 40. Jahr zurück nachzahlen. Ueber die Aufnahme neuer Mitglieder entscheidet der Vorstand. Die Mitgliedschaft erlischt, ausser nach Art. 684 O. R., mit dem Austritt aus dem Dienst der Bank, es sei denn, dass mit dem Austritt die Pensionierung verbunden ist. Dem ausscheidenden, nicht pensionierten Mitglied werden die eigenen Beiträge ohne Zinsvergütung zurückbezahlt, besondere statutarische Bestimmungen vorbehalten. Weiblichen Mitgliedern, die wegen Verheiratung ausscheiden, wird ausserdem ein Viertel der Beiträge der Bank gegeben. Mit dem Austritt und der Auszahlung der Abgangsentschädigung erlöschen alle Ansprüche an die Genossenschaft. Ausgeschiedene Mitglieder, die später wieder in den Dienst der Bank treten, werden, statutarische Ausnahmen vorbehalten, wie Neueintretende behandelt. Ein Mitglied, welches in das Direktorium der Schweizerischen Nationalbank gewählt wird, bleibt bei der Genossenschaft. Seine Beitragspflicht hört auf; seine Ansprüche an die Kasse bleiben ihm nach Mass seiner Mitgliedschaftsjahre im Zeitpunkte des Uebertritts erhalten. Die Einnahmen der Genossenschaft setzen sich zusammen: a) Aus den ordentlichen und ausserordentlichen Beiträgen der Mitglieder und der Bank; b) aus den Erträgnissen des nutzbar angelegten Vermögens, und c) aus besondern Zuwendungen (Schenkungen, Vermächtnissen usw.). Der ordentliche Jahresbeitrag der Mitglieder beträgt 5 % ihres anrechenbaren Jahreseinkommens, nach Abzug eines beitragsfreien Betrages von Fr. 1200. Mitglieder, deren anrechenbares Jahreseinkommen erhöht wird, haben bei der Erhöhung einen ausserordentlichen Beitrag in der Höhe von 25 % der Erhöhung zu leisten. Die Beitragspflicht beginnt für die Mitglieder und für die Bank mit dem Tage der Aufnahme in die Genossenschaft. Sie erlischt bei den männlichen Mitgliedern nach vollendetem 65., bei den weiblichen Mitgliedern nach vollendetem 60. Altersjahr am Ende desjenigen Kalendermonats, in welchem das Mitglied das 40. Mitgliedschaftsjahr zurückgelegt hat und im Falle der Pensionierung oder des Todes am Ende desjenigen Kalendermonates, für welchen zum letztenmal von der Bank das Gehalt ausbezahlt wurde. Die Beiträge können nötigenfalls erhöht werden. Für die Verbindlichkeiten der Genossenschaft haftet lediglich das Genossenschaftsvermögen; jede persönliche Haftbarkeit der einzelnen Mitglieder hiefür ist ausgeschlossen. Die Organe der Genossenschaft sind: Die Gesamtheit der Mitglieder, die Mitgliederversammlungen an den einzelnen Sitzen der Schweizerischen Nationalbank, die Delegiertenversammlung und der Vorstand. Der Vorstand vertritt die Genossenschaft nach aussen. Die rechtsverbindliche Unterschrift namens der Genossenschaft führen je zu zweien der Vorsitzende und der Sekretär zusammen oder mit einem Mitglied des Vorstandes. Der Vorstand besteht aus: Dr. Adolf Jöhr, Mitglied des Direktoriums, von Bern, in Zollikon bei Zürich, Vorsitzender; Emil Ott, Subdirektor, von Felben (Thurgau), in Bern, Stellvertreter des Vorsitzenden; Paul Hafner, Generalsekretär, von Zürich, in Zürich 6; Fritz Georg, Prokurist, von und in Basel, und Arnold Decreuze, Prokurist, von und in Neuenburg. Als Sekretär ist ernannt: Max Schwab, Fürsprecher, von Arch (Bern), in Zürich 7. Geschäftslokal: Bahnhofstrasse 36.

17. Januar. **Maag-Zahnräder A.-G.** in Zürich (S. H. A. B. Nr. 1 vom 3. Januar 1918, Seite 1). Die Aktionäre dieser Gesellschaft haben in der Generalversammlung vom 22. Dezember 1917 beschlossen, neben der deutschen Firmabezeichnung auch eine französische und englische zu führen, lautend auf **Société Anonyme des Engrenages Maag (Maag Gear-Wheel Co. Ltd.).**

17. Januar. **Sennereigenossenschaft Seegräben-Ottenhausen** in Seegräben (S. H. A. B. Nr. 261 vom 13. Oktober 1910, Seite 1774). Julius Graf und Alfred Hämig sind aus dem Vorstande ausgeschieden, die Unterschrift des erstern ist erloschen. Es wurden gewählt: Hermann Tobler, als Aktuar und Robert Burri, als Beisitzer, beide von und in Seegräben, Landwirte von Beruf. Präsident und Aktuar zeichnen kollektiv für die Genossenschaft.

Technisches Bureau, Kommission. — 17. Januar. Inhaber der Firma **W. Thörig, Ing.** in Zürich 1 ist Werner Thörig, von Herisau (Appenzell A. Rh.), in Zürich 7. Technisches Bureau, Kommission; Löwenstrasse 69.

Automobil- und Aeroplan-Kühler, usw. — 17. Januar. Inhaber der Firma **L. E. Rhyner** in Zürich 3 ist Leo Ernst Rhyner, von Stäfa, in Schirmensee-Hombrechtikon. Fabrikation und Reparatur von Automobil- und Aeroplan-Kühlern und Metallwaren der Automobilbranche, Autospenglerei; Dubstrasse 33.

17. Januar. Unter dem Namen **Anstalt für Erziehung schwachsinniger Kinder in Regensberg** besteht mit Sitz in Regensberg eine Stiftung. Dieselbe wurde errichtet durch öffentliche Urkunde vom 1. Juli 1894. Der Zweck der Stiftung ist, bildungsfähigen schwachsinnigen Kindern, Knaben und Mädchen, zunächst aus dem Kanton Zürich, im Alter von 6—18 Jahren, eine rationelle Körperpflege angedeihen zu lassen, ihre geistigen Anlagen zu entwickeln und soweit möglich sie für den Erwerb ihres Unterhaltes zu befähigen. Soweit der Platz und die Verhältnisse der Anstalt es gestatten, können auch schwachsinnige Kinder aus andern Schweizerkantonen oder aus dem Auslande aufgenommen werden. Organe der Stiftung sind: Die Aufsichtskommission von 15 Mitgliedern und die aus der Mitte gewählte Direktionskommission von 5 Mitgliedern. Die Aufsichtskommission vertritt die Stiftung nach aussen, und es führt der Präsident je mit dem Aktuar oder dem Quästor kollektiv die rechtsverbindliche Unterschrift. Es sind dies: Conrad Escher-Schindler, Partikular, von Zürich, in Zürich 1, Präsident; Jakob Koller, Pfarrer, von Winterthur, in Lindau, Aktuar, und August Egli, Bücherrevisor, von und in Winterthur, Quästor.

Südfrüchte. — 17. Januar. Die Firma **M. Gramegna** in Zürich 1 (S. H. A. B. Nr. 28 vom 3. Februar 1916, Seite 169), Import und Export in Südfrüchten, ist infolge Aufgabe des Geschäftes erloschen.

17. Januar. **Schweizerische Restaurations-Automatengesellschaft Helvetia** in Zürich (S. H. A. B. Nr. 59 vom 10. März 1916, Seite 385). Carl Pathe ist aus dem Verwaltungsrate ausgeschieden, dessen Unterschrift ist erloschen.

Bern — Berne — Berna

Bureau Belp (Bezirk Seftigen)

Wirtschaft. — 1918. 17. Januar. Die Firma **C. Favre-Winkler,** Betrieb der Wirtschaft zum Rössli, in Kehrsatz (S. H. A. B. Nr. 393 vom 26. September 1906, Seite 1570), ist infolge Todes des Firmainhabers erloschen.

Bureau Fraubrunnen

Holzwerkzeugfabrikation. — 11. Januar. Inhaber der Firma **Jak. Vögeli** in Grafenried ist Jakob Vögeli allié Vögeli, von und in Grafenried. Holzwerkzeugfabrikation; Buchhof zur Grafenried.

17. Januar. Die Aktiengesellschaft unter der Firma **Papierfabrik Utzenstorf (Papeterie d'Utzenstorf)** in Utzenstorf (S. H. A. B. Nr. 96 vom 25. April 1916) hat in der Generalversammlung vom 3. November 1917 ihre Statuten revidiert und dabei folgende Abänderungen getroffen: § 4 erhält die folgende Fassung: Das Aktienkapital beträgt Fr. 1,000,000 und ist eingeteilt in 2000 Aktien von je Fr. 500. Dasselbe ist volleinbezahlt. Der übrige Inhalt der Statuten bleibt unverändert.

Bureau de Porrentruy

9 et 17 janvier. Sous la raison sociale **Usines Gassmann S. A. Fonderies, Forges et Ateliers de constructions mécaniques à Alle,** il a été fondé une société anonyme dont le siège est à Alle. Le but de la société est l'exploitation d'une fonderie et d'ateliers de constructions mécaniques avec forges, soit la fabrication et la vente de machines et accessoires, l'achat et la vente de matières premières et d'articles manufacturés rentrant dans ces branches. La société succède à la société en nom collectif «J. Gassmann et fils», à Alle (F. o. s. du c. du 3 juillet 1917, n° 152, page 1082), dont elle reprend l'actif et le passif. Les statuts portent la date du 22 décembre 1917. La durée de la société est illimitée. Le capital social est de cent mille francs (fr. 100,000), divisé en 20 actions nominatives de fr. 5000 chacune, entièrement souscrites et libérées. Les publications de la société ont lieu dans la Feuille officielle suisse du commerce. La société s'engage vis-à-vis des tiers par la signature collective de deux ayants-droit. Ont droit à la signature sociale: les membres du conseil d'administration, le ou les membres de la direction et le ou les fondés de pouvoirs. Le conseil d'administration se compose de: Emile Jobé, avocat, de Courtedoux, à Porrentruy, président; Joseph Gassmann père, mécanicien, de Charmoille, à Alle, vice-président, et Joseph Varrin, propriétaire, de et à Courgenay, secrétaire. Joseph Gassmann est en même temps directeur technique et Joseph Varrin, directeur commercial de la société.

Appenzell A.-Rh. — Appenzell-Rh. ext. — Appenzello est.

Stickerei. — 1918. 16. Januar. Inhaber der Firma **P. Preisig** in Schwellbrunn ist Paul Preisig, von und in Schwellbrunn. Stickerei; Dorf Nr. 15 a.

St. Gallen — St-Gall — San Gallo

Stickferggerei und Kolonialwaren. — 1918. 17. Januar. Inhaber der Firma **C. Koller** in Alt St. Johann ist Carl Koller, von und in Alt St. Johann. Stickferggerei und Kolonialwarenhandlung.

Stickerei-Ferggerei. — 17. Januar. Inhaber der Firma **J. Anderegg** in Alt St. Johann ist Johann Anderegg, von Wattwil, in Alt St. Johann. Stickerei-Ferggerei; Dorf.

17. Januar. **St. Gallische Kantonalbank,** mit Hauptsitz in St. Gallen und Zweigniederlassungen in Rorschach, Altstätten, Mels, Wil, Rapperswil, Wattwil und Degersheim (S. H. A. B. Nr. 52 vom 2. März 1916, Seite 336). Die Bankkommission hat Kollektivprokura erteilt an Erwin Hildbrand, Wertschriftenverwalter, von und in St. Gallen, und Jakob Louis-Fürrer, Hypotbekenbureauchef, von Nesslau, in St. Gallen. Die Genannten sind mit Wirkung ab 1. Januar 1918 berechtigt, je kollektiv mit einem der bisberigen Zeichnungsberechtigten für den Hauptsitz, die Zweigniederlassungen und Agenturen rechtsverbindlich per Prokura zu zeicbnen.

17. Januar. **St. Gallische Kantonalbank,** Hauptsitz St. Gallen, Zweigniederlassung Wil (S. H. A. B. Nr. 228 vom 12. Septembcr 1907, Seite 1590). Kollektivprokura für die Zweigniederlassung Wil ist erteilt worden an August Lenz, von Buch bei Hüttwilen (Thurgau), in Wil. Der Genannte ist mit Wirkung ab 1. Januar 1918 berechtigt, mit einem der hisherigen Zeichnungsberechtigten für die Filiale Wil kollektiv per Prokura zu zeichnen.

Aargau — Argovie — Argovia

Bezirk Aarau

Lack-, Farben- und Leinölfabrik. — 1918. 17. Januar. Die Kollektivgesellschaft unter der Firma **Gaensslen-Landolt & Co.** in Aarau (S. H. A. B. 1904, Seite 17) hat sicb aufgelöst. Aktiven und Passiven sind an die Firma «Gaensslen-Landolt A. G.» in Aarau übergegangen. Die Firma ist nach beendigter Liquidation erloschen.

Präzisions-Messwerkzeuge und technische Instrumente. — 17. Januar. Die Kollektivgesellschaft unter der Firma **Glaus & Leuzinger** in Aarau (S. H. A. B. 1917, Seite 703) hat sich aufgelöst; die Firma ist erloschen. Aktiven und Passiven gehen an nachfolgende Firma über:

Friedrich Glaus, Ingenieur, von Rüschegg (Kt. Bern), in Aarau, Walter Leuzinger, Feinmechaniker, von Glarus, in Aarau, und Georg Jenny, Fabrikant, in Firma «Schröter & Jenny» in Schaffhausen, von Sool (Kt. Glarus), in Schaffhausen, haben unter der Firma **Glaus, Leuzinger & Cie. Nachf. v. Gysi & Co. Feinmechanische Werkstätten** in Aarau eine Kommanditgesellschaft eingegangen, welche am 1. Januar 1918 ihren Anfang nahm. Unbeschränkt haftende Gesellschafter sind: Friedrich Glaus und Walter Leuzinger. Kommanditär ist Georg Jenny mit dem Betrage von Fr. 10,000 (zehntausend Franken). Die rechtsverbindliche Unterschbrift wird kollektiv zu zweien ausgeübt. Fahrikation von Präzisions-Messwerkzeugen und technischen Instrumenten; Bachstrasse Nr. 1054. Die Firma erteilt Kollektivprokura an den Kommanditär, Georg Jenny, von Sool (Glarus), in Schaffhausen.

Genf — Genève — Ginevra

Droguerie en gros, produits cbimiques et pharmaceutiques. Importation, exportation. — 1918. 16 janvier. Emidio Lotti, de Bignasco (Tessin), domicilié aux Eaux-Vives, a repris, depuis le 1er janvier 1918, la suite des affaires, ainsi que l'actif et le passif de «Deroty et Lotti», à Genève (F. o. s. du c. du 31 décemhre 1913, page 2296), sous la raison **E. Lotti,** à Genève. La maison confère procuration collective à Ernest Dunoyer, des Eaux-Vives, y domicilié, et à Paul Apotbéloz, d'Onnens et Romairon (Vaud), domicilié aux Eaux-Vives. Commerce de droguerie en gros, produits chimiques et pharmaceutiques; importation, exportation; 3, Rue Versonnex.

Sculpture et décoration. — 16 janvier. Alfred-Adrien Rolando s'est retiré, depuis le 15 janvier 1918, de la société en nom collectif **Les Fils de Laurent Rolando,** sculpture et décoration, à Plainpalais (F. o. s. du c. du 9 octobre 1908, page 1747/1748). Par contre, Angèle-Louise-Victorine Rolando, de Genève, domiciliée à Plainpalais, est entrée en son lieu et place comme associée en nom collectif dans la maison qui continue sous la nouvelle raison sociale **Rolando et Cie,** à Plainpalais, 9, Rue des Bains.

Vins, huiles et savons. — 16 janvier. La raison **A. Louot,** commerce de vins, huiles et savons, avec enseignes «Comptoirs Vinicoles» et «Participation vinicole», à Genève (F. o. s. du c. du 25 août 1913, page 1542), est radiée ensuite du décès du titulaire.

Vins, liqueurs, huiles et savons. — 16 janvier. Alfred-Charles-Eugène Louot, de nationalité française, domicilié à Genève, a repris, depuis le 3 janvier 1918, la suite des affaires, ainsi que l'actif et le passif de la maison «A. Louot», à Genève (F. o. s. du c. du 25 août 1913, page 1542), sous la raison **A. Louot fils,** à Genève. La maison confère procuration à Edouard Bouton, de nationalité française, domicilié à Lausanne. Commerce de vins, liqueurs, huiles et savons; 6 et 8, Rue Gevray.

Vins et spiritueux en gros. — 16 janvier. **Stimpflin et Cie,** commerce de vins et spiritueux en gros, à Plainpalais (F. o. s. du c. du 25 août 1913, page 1542). L'associé Alfred-Joseph-Antoine Louot, décédé, est radié. Par contre, son fils Alfred-Charles-Eugène Louot, de nationalité française, domicilié à Genève, est entré, dès le 3 janvier 1918, comme associé en nom collectif dans la maison.

Fabrique d'échappements. — 1917. 27 décembre. La société en nom collectif **P. Perrenod et fils,** fabrique d'échappements, à Genève (F. o. s. du c. du 12 janvier 1904, page 38), est déclarée dissoute à dater du 31 décembre 1917. Son actif et son passif étant repris par «A. Perrenod», à Genève (F. o. s. du c. du 31 décembre 1917, page 2037), cette société est radiée.

Agents de change. — 28 décembre. La société en commandite **Zumbach et Co,** agents de change à Genève (F. o. s. du c. du 3 janvier 1910, page 4), est déclarée dissoute à dater du 31 décembre 1917. Son actif et son passif étant repris par «Zumbach et Co», à Genève (F. o. s. du c. du 4 janvier 1918, page 14), cette société est radiée. Les procurations conférées à John Liechti et à Henri-Emile Zumbach sont éteintes.

Architectes. — 28 décembre. La société en nom collectif **Cosson et Delamont,** architectes, aux Eaux-Vives (F. o. s. du c. du 23 septembre 1908, page 1659), est déclarée dissoute depuis le 31 décembre 1911. Sa liquidation étant terminée, cette société est radiée.

Agents de change. — 29 décembre. La société en commandite **J. Turian et Co** (en liquidation), agents de change, à Genève (F. o. s. du c. du 7 février 1902, page 174), est radiée ensuite de clôture de sa liquidation.

Schweiz. Amt für geistiges Eigentum
Bureau suisse de la propriété intellectuelle — Ufficio svizzero della proprietà intellettuale

Marken — Marques — Marche

Eintragungen — Enregistrements — Iscrizioni

Nr. 41009. — 5. Januar 1918, 8 Uhr.
L. Christen, Fabrikation und Handel,
Wolfenschiessen (Schweiz).
Kopierblätter.

Kopier-Blatt
„RAPID"
Feuille à copier

Nr. 41010. — 7. Januar 1918, 8 Uhr.
Dr. Franz Sidler, Apotheke, Fabrikation,
Willisau (Schweiz).
Pharmazeutisches Präparat.

THERAPOL

Nr. 41011. — 9. Januar 1918, 8 Uhr.
H. C. Müller, Apotheker, Fabrikation,
Luzern (Schweiz).
Pharmazeutische Präparate.

CADOL

Nr. 41012. — 10. Januar 1918, 8 Uhr.
M. Grünbaum, Fabrikation,
Zürich (Schweiz).
Parfümerie, Kosmetik, Haarwässer.

TEERON

Nr. 41013. — 10. Januar 1918, 8 Uhr.
M. Grünbaum, Fabrikation,
Zürich (Schweiz).
Parfümerie, Kosmetik, etc.

BLONDONIN

Nr. 41014. — 10. Januar 1918, 8 Uhr.
Dr. Franz Sidler, Apotheke, Fabrikation,
Willisau (Schweiz).
Pharmazeutisches Präparat.

Blums Nervenstärker

Nr. 41015. — 10. Januar 1918, 8 Uhr.
Dr. Franz Sidler, Apotheke, Fabrikation,
Willisau (Schweiz).
Pharmazeutisches Präparat.

Siromalz

Nr. 41016. — 10. Januar 1918, 8 Uhr.
Dr. Franz Sidler, Apotheke, Fabrikation,
Willisau (Schweiz).
Pharmazeutisches Präparat,

Helmin

Nr. 41017. — 14. Januar 1918, 11 Uhr.
Schweizer Getränke A. G., Fabrikation,
Männedorf (Schweiz).
Alkoholfreie Getränke, Limonaden und Sirupe.

DELIKAT

Nr. 41018. — 14. Januar 1918, 11 Uhr.
Schweizer Getränke A. G., Fabrikation,
Männedorf (Schweiz).

Alkoholfreie Getränke, Limonaden und Sirupe.

DD PROSIT DD

Nr. 41019. — 14. Januar 1918, 11 Uhr.
Schweizer Getränke A. G., Fabrikation,
Männedorf (Schweiz).

Alkoholfreie Getränke, Limonaden und Sirupe.

Nr. 41020. — 12. Januar 1918, 11 Uhr.
Johann Adolph Behnke, Fabrikation und Handel,
Hamburg (Deutschland).

Farbstoffe, Farben, Blattmetalle; Firnisse, Lacke, Beizen, Harze, Klebstoffe, Wichse, Lederputz- und Lederkonservierungsmittel, Appretur- und Gerbmittel, Bohnermasse; Wachs, Leuchtstoffe, technische Oele und Fette, Schmiermittel, Benzin; Eier, Milch, Butter, Käse, Margarine, Speiseöle und Fette; photographische und Druckereierzeugnisse, Spielkarten, Schilder, Buchstaben, Druckstöcke, Kunstgegenstände; Schreib-, Zeichen-, Mal- und Modellierwaren, Billard- und Signierkreide, Bureau- und Kontorgeräte (ausgenommen Möbel), Lehrmittel; Parfümerien, kosmetische Mittel, ätherische Oele, Seifen, Wasch- und Bleichmittel, Stärke und Stärkepräparate, Farbzusätze zur Wäsche, Fleckenentfernungsmittel, Rostschutzmittel, Putz- und Poliermittel (ausgenommen für Leder), Schleifmittel.

Oleoplast

(Priorität: Deutschland, 1. September 1917; unvollständige schweizerische Anmeldung: 18. Dezember 1917).

№ 41021. — 14 janvier 1918, 8 h.
Borloz et Aeschlimann, Comptoir de Spécialités Industrielles et Fabrique Nationale des scies à métaux „Vavite“,
fabrication et commerce,
Lausanne (Suisse).

Spécialités industrielles, telles que machines, parties de machines, outillages.

„VABENE“

№ 41022. — 15 janvier 1918, 8 h.
A. Eigeldinger fils, successeur de Godat & Cie., fabrication,
La Chaux-de-Fonds (Suisse).

Montres, parties de montres, mouvements, boîtes, étuis et emballages de montres.

№ 41023. — 15 janvier 1918, 8 h.
Levaillant et Bloch, fabrication et commerce,
La Chaux-de-Fonds (Suisse).

Tous produits de l'horlogerie.

„NOVELTA“

Radiations — Löschungen

№ 40892 (F. o. s. du c. 1917, № 299). — Fleurier Watch Co, Fleurier. — Radiée le 10 janvier 1918, à la demande de la société déposante.

Nr. 40210 (S. H. A. B. 1917, Nr. 164). — Robert Isely, Biel. — Am 15. Januar 1918 auf Ansuchen des Hinterlegers gelöscht.

Versorgung des Landes mit Speiseölen und Speisefetten

(Bundesratsbeschluss vom 15. Januar 1918.)

I. Allgemeine Bestimmungen.

Art. 1. Zum Zwecke der Versorgung des Landes mit Speiseölen und Speisefetten ordnet und beaufsichtigt der Bund die Beschaffung und Verteilung von Speiseölen, Speisefetten und Butter, nach Massgabe der folgenden Bestimmungen.

Art. 2. Sämtliche im Inland erzeugten oder eingeführten, zur menschlichen Ernährung verwendbaren Speisefette und Speiseöle sind ausschliesslich zu diesem Zwecke nutzbar zu machen, soweit die nachfolgenden Bestimmungen nicht Ausnahmen gestatten.

Zu den Speisefetten und Speiseölen gehören insbesondere: Schweineschmalz, Nierenfett, Rinderfett, Fett von Schafen, Ziegen, Kälbern und Pferden, Oleomargarine, Speisetalg, Margarinefette, Kunstbutter, Kochfett, Kokosfett, Olivenöl, Arrachidöl, Sesamöl, Cottonöl, Raps-, Nuss- und Mohnöl u. dgl.

Die Speisefette und Speiseöle, sowie die Butter, deren Beschaffung und Verteilung dieser Beschluss ordnet, werden im folgenden unter der Bezeichnung Fette zusammengefasst.

Art. 3. Die Verwendung von Fetten oder von Rohmaterialien, aus denen Fette hergestellt werden können, zu andern als Ernährungszwecken, insbesondere zu technischen Zwecken, bedarf der ausdrücklichen Genehmigung der eidgenössischen Fettzentrale (Art. 4 ff.).

II. Die eidgenössische Fettzentrale.

Art. 4. Die Durchführung der Fettversorgung nach den Bestimmungen dieses Beschlusses wird der eidgenössischen Fettzentrale und den ihr unterstellten kantonalen und Gemeindestellen übertragen (Art. 5).

Die Fettzentrale bildet eine Verwaltungsabteilung des eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements. Dieses setzt deren Organisation fest und führt die Aufsicht über die Zentrale.

Die Fettzentrale kann mit eidgenössischen Amtsstellen, öffentlichen Verkehrsanstalten, kantonalen Behörden und Organen sowie mit wirtschaftlichen Organisationen und Privaten direkt verkehren und ihnen sachbezügliche Weisungen erteilen.

Art. 5. Die Kantone und Gemeinden haben Amtsstellen zu bezeichnen, welche die ihnen obliegenden Aufgaben bei der Fettversorgung des Landes übernehmen. Soweit tunlich sind hiermit die Kantons- und Gemeinde-Brotstellen zu betrauen.

Diese Amtsstellen unterstehen der eidgenössischen Fettzentrale.

Art. 6. Entscheide und Anordnungen der Fettzentrale, die innerhalb ihrer Kompetenzen erlassen werden, sind sofort wirksam.

Gegen Entscheidungen oder Anordnungen der Fettzentrale kann binnen fünf Tagen seit der Zustellung oder Publikation beim Volkswirtschaftsdepartement schriftlich Beschwerde geführt werden.

Die Beschwerde hindert die Wirksamkeit der angefochtenen Entscheidung oder Anordnung nur dann, wenn das Departement deren vorläufige Einstellung verfügt.

Art. 7. Um ihre Kosten zu decken, erhebt die Fettzentrale auf der Einfuhr und der Produktion von Fetten Gebühren oder Zuschläge; sie hat jedoch nicht das Recht, eigentliche Gewinne zu erzielen.

Die Rechnung der Fettzentrale unterliegt denselben Vorschriften wie die eidgenössische Staatsrechnung.

III. Beschaffung der Fette.

Art. 8. Ueber sämtliche Speisefette, Speiseöle und Ersatzprodukte, welche sich im Lande auf Lager befinden, eingeführt oder hergestellt werden, steht der Fettzentrale das Verfügungsrecht und das Recht der Beschlagnahme zu.

Jedermann, der Fette besitzt, ist verpflichtet, sie der Fettzentrale auf deren Anordnung gegen Entschädigung zu überlassen oder gemäss den Weisungen der Zentrale darüber zu verfügen.

Das Verfügungs- und Beschlagnahmerecht der Fettzentrale erstreckt sich nicht auf diejenigen Mengen Fett, welche für den ordentlichen Bedarf des Haushaltes bestimmt sind. Das Nähere hierüber bestimmt das Volkswirtschaftsdepartement auf Antrag der Fettzentrale.

Art. 9. Die Fettzentrale kann jederzeit Bestandesaufnahmen von Fetten, sei es im ganzen Lande oder in einzelnen Teilen des Landes, vornehmen lassen.

Die Weigerung, den bezüglichen Anordnungen nachzukommen oder unrichtige Angaben über den Fettbestand unterliegen der Bestrafung. Die Fettzentrale kann über die Wegnahme der Ware und den zeitweiligen Ausschluss von der Fettversorgung verfügen.

Art. 10. Wer Fett herstellt, einführt, in den Handel bringt oder abgibt, ist verpflichtet, zuhanden der Fettzentrale Aufschluss zu erteilen und die vorgeschriebenen Formulare wahrheitgemäss auszufüllen und rechtzeitig einzureichen.

Ferner haben Importeure von Fetten der Fettzentrale auf deren Aufforderung Bericht zu erstatten über den Stand und Verlauf der im Ausland abgeschlossenen Ankäufe.

Uebertretungen dieser Bestimmungen sind strafbar und können Konfiskation der Fettvorräte und zeitweiligen Ausschluss von der Fettversorgung zur Folge haben.

Art. 11. Wer sich gewerbsmässig mit dem Schlachten von Tieren befasst, bedarf hierzu einer Bewilligung (vgl. Art. 7 ff. des Bundesratsbeschlusses vom 13. April 1917 betreffend den Verkehr mit Vieh). Die Fettzentrale ist ermächtigt, für die Inhaber solcher Bewilligungen Vorschriften über Anmeldung der vorgenommenen Schlachtungen und Ablieferung des gewonnenen Fettes zu erlassen. Sie kann bei Uebertretung dieser Verpflichtungen den Entzug der Schlachtbewilligung veranlassen.

Jede Hausschlachtung ist binnen drei Tagen der Gemeindestelle (Art. 41) anzuzeigen.

Die Herstellung von Speisefetten und Speiseölen sowie von deren Ersatzmitteln ist nur mit Bewilligung der Fettzentrale gestattet.

Art. 12. Die Fettzentrale kann den Betrieben, welche Speisefette und -öle herstellen, über die Verwendung der Rohstoffe und die Herstellungsart der Produkte Weisungen erteilen.

Art. 13. Die Herstellung und der Vertrieb von Butter wird nach den besondern, über die Versorgung des Landes mit Milch und Milcherzeugnissen erlassenen Bundesratsbeschlüssen und Verfügungen des Volkswirtschaftsdepartements durch das eidgenössische Milchamt geordnet. Dasselbe wird sich mit der Fettzentrale überall, wo dies notwendig ist, verständigen.

Art. 14. Der Import von Fetten und deren Rohstoffen unterliegt der Aufsicht des schweizerischen Volkswirtschaftsdepartements. Dieses erlässt über die Einfuhr solcher Waren nähere Bestimmungen. Es kann dieselbe ganz oder teilweise einzelnen seiner Abteilungen übertragen oder unter von ihm festzusetzenden Bedingungen andern Importeuren überlassen. Hierbei sind die allgemeinen Interessen des Landes massgebend.

Art. 15. Die Fettzentrale hat dafür besorgt zu sein, dass die erforderlichen Mengen Fett soweit möglich im ganzen Lande erhältlich sind. Um

dies zu erreichen, sind bestehende Handels- oder Verteilungsorganisationen soweit tunlich mit der Verteilungsaufgabe zu betrauen.

Art. 16. Die Fettzentrale hat geeignete Massregeln zur Steigerung der Fettproduktion durchzuführen.

IV. Abgabe und Verteilung der Fette.

Art. 17. Wer Fette in den Handel bringt oder abgibt (Fettverkaufsstellen) hat bei der Fettzentrale eine Bewilligung einzuholen.

Die Fettzentrale ist ermächtigt, wenn die allgemeinen Interessen es erfordern, die Zahl der Fettverkaufsstellen zu beschränken.

Die Fettverkaufsstellen stehen unter der Kontrolle der Fettzentrale, haben ihren Weisungen nachzukommen und über Ein- und Ausgang von Fett periodisch Bericht zu erstatten.

Art. 18. Die Fettverkaufsstellen haben die Verpflichtung, soweit ihr Vorrat reicht und nicht zur Selbstversorgung (Art. 43) zu dienen hat, an jedermann gegen Barzahlung und nach Massgabe der Fettkarten Fette abzugeben.

Art. 19. Die Fettversorgung des Landes erfolgt, soweit es sich nicht um Selbstversorger handelt (Art. 40 ff.), auf Grund von Fettkarten.

Die Karten werden von der Fettzentrale den Kantonen zur Abgabe an die Gemeinden geliefert.

Käufe und Verkäufe ohne Fettkarten dürfen nur mit Zustimmung der Fettzentrale vorgenommen werden.

Art. 20. Die Fettkarten dienen sowohl zum Bezuge von Speiseölen und Speisefetten als auch von Butter. Die Fettzentrale kann vorschreiben, dass gewisse Fettarten und Butter nur gegen Abgabe entsprechend bezeichneter Abschnitte der Fettkarte bezogen werden dürfen oder aber die Auswahl der Fettarten dem Käufer überlassen.

Art. 21. Die Fettkarteuabschnitte dürfen nur zum Bezuge von Fett verwendet werden; jede weitere Verwendung ist verboten und strafbar.

Die Karten sind persönlich; die Uebertragung auf andere Personen ist verboten und strafbar. Dagegen ist der Austausch in der eigenen Haushaltung gestattet.

Art. 22. Die Karten gelten nur für den Zeitabschnitt, für den sie bestimmt sind.

Art. 23. Die Karten sind im ganzen Gebiet der Eidgenossenschaft gültig.

Art. 24. Die Gemeinden haben auf Grund einer zuverlässigen Festsetzung der Bevölkerungszahl die zum Bezuge Berechtigten zu ermitteln.

Sie haben für jeden einzelnen Fall die Bezugsberechtigung zu prüfen, den Berechtigten die Karten zu verabfolgen und hierüber genaue Kontrolle zu führen. Die Mutationen sind täglich nachzutragen.

Art. 25. Wer über Vorräte an Fetten verfügt, welche den ordentlichen Verbrauch von zwei Monaten übersteigen, hat einstweilen keinen Anspruch auf Ausstellung einer Fettkarte. Wer bloss einzelne Fettarten besitzt oder sich auswärts verpflegt, kann unter den in Art. 31, Al. 2 und 3, festgesetzten Bestimmungen Teilkarten erhalten.

Bei der erstmaligen Ausgabe der Fettkarten hat jeder Haushaltungsvorstand seine Vorräte an Fett sowie den Personalbestand seiner Haushaltung anzugeben. Unrichtige Deklarationen werden bestraft. In schweren Fällen sind ausserdem die vorhandenen Vorräte zu konfiszieren, und es kann der zeitweilige Ausschluss von der Fettversorgung verfügt werden. Zuständig hierzu ist die Fettzentrale.

Art. 26. Für die polizeilich gemeldete Wohnbevölkerung beträgt der normale Anspruch 500 Gramm Fett pro Monat und Kopf. Das Volkswirtschaftsdepartement ist ermächtigt, die Ration je nach dem Stand der Vorräte, der Produktion und der Zufuhren an Fett, sowie nach dem Alter des Bezügers zu ändern.

Für Personen, welche sich nur vorübergehend im Lande aufhalten, werden temporäre Karten abgegeben, über welche besondere Vorschriften durch die Fettzentrale erlassen werden.

Art. 27. Für Anstalten (Spitäler usw.) und für weitere ähnliche Betriebe kann durch die Gemeindebehörden eine generelle Rationierung erfolgen, wobei jedoch die Ansätze des Art. 26 als Maximum zu betrachten sind.

Art. 28. Die Inhaber von Hotels, Pensionen, Wirtschaften und andern durch die Fettzentrale bestimmten ähnlichen Geschäften sind berechtigt, bei der Abgabe von Speisen, die mit Fett zubereitet sind, Fettkartenabschnitte zu verlangen. Die weitern Vorschriften hierüber erlässt die Fettzentrale.

Die Inhaber dieser Geschäfte gelten als Fettverkaufsstellen und unterstehen den für diese aufgestellten Vorschriften.

Die Fettzentrale kann für den Verkehr in Hotels, Pensionen, Wirtschaften usw. anderweitige, von diesem Artikel abweichende Bestimmungen erlassen.

Art. 29. An Fabriken und Gewerbe, welche zur Herstellung ihrer Erzeugnisse Fette benötigen, können Zuteilungen von der Fettzentrale gemacht werden. Hierüber wird die Fettzentrale nähere Bestimmungen erlassen.

Art. 30. Die Abgabe von Fett an die Truppen unterliegt besondern Bestimmungen.

Art. 31. Wer seinen Bedarf als Selbstversorger (Art. 40 ff.) vollständig deckt, erhält keine Fettkarte.

Selbstversorger, welche ihren Bedarf bloss teilweise decken, erhalten für die übrigen nicht selbst produzierten Fettarten Teilkarten. Die Gemeindestellen haben in jedem einzelnen Falle sowohl die Berechtigung als auch das Mass des Bezuges festzustellen, darüber gesondert Buch zu führen und Bericht zu erstatten.

Ueber den Austausch einzelner Fettarten gegen andere und über die Abgabe von Teilkarten an Selbstversorger, die sich auswärts verpflegen, wird die Fettzentrale Vorschriften aufstellen.

Art. 32. Fett darf nur gegen entsprechende Kartenabschnitte abgegeben werden. Beim Bezug von Fett ist dem Verkäufer die Karte vorzulegen. Der betreffende Abschnitt der Karte darf nur vom Verkäufer abgetrennt werden. Vorher abgetrennte oder nicht benützte Abschnitte sind ungültig und vom Inhaber der Karte oder vom Verkäufer sofort zu vernichten.

Art. 33. Die Einteilung der Kartenabschnitte nach Bezugsmengen erfolgt nach Bedarf durch die Fettzentrale.

Art. 34. Die nicht verwendeten Abschnitte sind bei Ablauf der Gültigkeit am Stamm der Karte zu belassen und mit diesem zurückzugeben.

Art. 35. Verkäufer von Fett und von mit Fett zubereiteten Speisen sind verpflichtet, die bei ihnen eingehenden Kartenabschnitte sorgfältig aufzubewahren, nach Gewichtsrubriken zu ordnen und die Zahl der eingegangenen Abschnitte in eine Liste einzutragen.

Nichtbeachtung dieser Vorschrift wird bestraft. Die Fettzentrale hat überdies gegen den fehlbaren Verkäufer die Einstellung der Fettlieferung zu verfügen.

Diese Listen sind durch Vermittlung der Gemeinden und Kantone der Fettzentrale einzusenden. Diese erlässt hierüber besondere Bestimmungen.

Gemeinden und Kantone sind verpflichtet, die Listen zu kontrollieren und allenfalls deren Richtigstellung zu veranlassen.

Art. 36. Der Bezug von Fett durch die Verkaufsstellen erfolgt auf Grund der abgelieferten Fettkartenabschnitte.

Art. 37. Fettverkäufer haben das Fett nach Möglichkeit bei ihren bisherigen Lieferanten zu beziehen. Falls dies nicht möglich ist, wird die Fettzentrale Lieferungen ausführen lassen.

Art. 38. Die Fettzentrale sowie die Behörden der Kantone und Gemeinden haben die Pflicht, die gleichmässige Verteilung von Fett an die Bevölkerung zu sichern und zu überwachen.

Diese Amtsstellen haben ferner die Aufgabe, den durch die Rationierung herbeizuführenden Endzweck einer möglichst gleichmässigen Verteilung auf alle Einwohner und daher einer entsprechenden Einschränkung des Verbrauchs nach Kräften zu fördern und auf tunlichste Sparsamkeit zu dringen. Insbesondere haben sie dafür zu sorgen, dass die Vorschriften über die Fettkarten und über die Selbstversorgung streng innegehalten werden, dass keine Doppelversorgung stattfindet und dass kein Fett ohne Karten abgegeben wird.

Sie überwachen auch den Verkehr und den Betrieb der Fettverkaufsstellen.

Art. 39. Das Volkswirtschaftsdepartement wird Höchstpreise für Fette festsetzen.

V. Selbstversorger.

Art. 40. Inhaber von Molkereien, Metzgereien, Kochfettfabriken, Landwirtschafts- und Alpwirtschaftsbetriebe mit eigener Milchverarbeitung, sowie alle diejenigen Personen, welche Hausschlachtungen vornehmen oder auf andere Weise gewerbsmässig Fett herstellen, werden als Selbstversorger betrachtet.

Art. 41. Die Selbstversorger haben sich bei der Gemeindefettstelle anzumelden und über den Personalbestand der Haushaltung sowie die Art der Selbstversorgung genau Auskunft zu erteilen.

Art. 42. Die Selbstversorgung erstreckt sich auf den Haushaltungsvorstand, auf die mit ihm in ungetrennter Haushaltung lebenden Familienangehörigen und dauernd angestellten und verpflegten Bediensteten, soweit diese nicht eigene Fettkarten erhalten.

Art. 43. Im Interesse der Steigerung der Fettproduktion kann das Volkswirtschaftsdepartement den Selbstversorgern gestatten, unter noch festzusetzenden Bedingungen für sich mehr Fett zu verwenden, als die für die übrige Bevölkerung festgesetzte Ration beträgt.

Art. 44. Wer Fett für den Eigenbedarf als Selbstversorger herstellt, hat die überschüssigen Mengen oder Arten bei der Gemeindefettstelle anzumelden und darf ohne deren Zustimmung diese Bestände nicht in den Verkehr bringen oder an Unberechtigte abgeben.

Art. 45. Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über die Selbstversorger werden bestraft. In schweren Fällen kann neben der Strafe die Konfiskation der Fettvorräte verfügt werden. Die Fettzentrale kann überdies den zeitweiligen Ausschluss von der Fettversorgung anordnen.

VI. Vollzugs- und Strafbestimmungen.

Art. 46. Privatrechtliche Verträge und Abmachungen, die den Bestimmungen dieses Bundesratsbeschlusses oder den auf Grund desselben erlassenen Vorschriften oder Weisungen des schweizerischen Volkswirtschaftsdepartements oder der Fettzentrale entgegenstehen, sind nichtig.

Art. 47. Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften dieses Bundesratsbeschlusses oder gegen die vom schweizerischen Volkswirtschaftsdepartement oder von der Fettzentrale sowie von den zuständigen Kantonsbehörden erlassenen Ausführungsvorschriften und Einzelverfügungen werden bestraft. Mit der Bestrafung kann die Konfiskation der Ware ausgesprochen werden.

Ist die Uebertretung vorsätzlich begangen worden, so ist Geldbusse bis zu Fr. 20,000 oder Gefängnis bis auf 3 Monate auszusprechen. Die beiden Strafen können verbunden werden.

Fahrlässige Uebertretungen werden mit Geldbusse bis zu Fr. 5000 bestraft.

Das schweizerische Volkswirtschaftsdepartement ist ermächtigt, innerhalb des festgesetzten Strafrahmens für einzelne Kategorien von Uebertretungen Vorschriften über Art und Mass der auszusprechenden Strafen zu erlassen.

Der erste Abschnitt des Bundesgesetzes vom 4. Februar 1853 über das Bundesstrafrecht der schweizerischen Eidgenossenschaft findet Anwendung.

Art. 48. Die Verfolgung und Beurteilung der Uebertretungen liegt den Kantonen ob. Das Volkswirtschaftsdepartement ist jedoch ermächtigt, Uebertretungen gestützt auf Art. 47 hiervor in jedem einzelnen Uebertretungsfalle und gegenüber jeder einzelnen der beteiligten Personen und Firmen mit Busse bis auf Fr. 20,000 zu bestrafen, die Konfiskation der Ware auszusprechen und damit die betreffenden Uebertretungsfälle zu erledigen oder aber die Schuldigen den kompetenten Gerichtsbehörden zur Bestrafung zu überweisen. Der Entscheid des Departements ist ein endgültiger. Das schweizerische Volkswirtschaftsdepartement kann den Tatbestand der einzelnen Uebertretungsfälle von sich aus feststellen lassen oder aber die Kantonsbehörden mit einer Untersuchung beauftragen.

Art. 49. Die Kantonsregierungen haben sämtliche in ihrem Gebiete gestützt auf den gegenwärtigen Bundesratsbeschluss ergehende Gerichtsurteile, Strafbescheide von Verwaltungsbehörden und Enscheide von Ueberweisungsbehörden sofort nach deren Erlass der schweizerischen Bundesanwaltschaft einzusenden (Art. 155 des Bundesgesetzes vom 22. März 1893 über die Organisation der Bundesrechtspflege).

Art. 50. Das schweizerische Volkswirtschaftsdepartement ist mit dem Vollzuge dieses Bundesratsbeschlusses beauftragt und befugt, gestützt auf denselben die nötigen Ausführungsbestimmungen zu erlassen. Es kann seine Befugnisse der Fettzentrale oder andern ihm unterstehenden Abteilungen übertragen.

Die Kantonsregierungen sind ermächtigt und verpflichtet, alle Bestimmungen zur Vollziehung der ihnen durch diesen Beschluss übertragenen Aufgaben zu erlassen. Diese Vorschriften sind dem schweizerischen Volkswirtschaftsdepartement zur Genehmigung vorzulegen.

Art. 51. Das schweizerische Volkswirtschaftsdepartement bestimmt, wann der vorstehende Bundesratsbeschluss in seiner Gesamtheit oder teilweise in Kraft tritt.

Wollversorgung des Landes

(Bundesratsbeschluss vom 18. Januar 1918.)

Art. 1. Zur Sicherstellung des Inlandsbedarfes an Wolle, Wollhalbfabrikaten und Wollfabrikaten wird das schweizerische Volkswirtschaftsdepartement ermächtigt, die erforderlichen Anordnungen zu treffen. Es ist insbesondere befugt, über die Einfuhr von Wolle sowie über den Verkehr und die Verwendung von Wolle, Wollhalbfabrikaten, Wollfabrikaten und solcher Artikel, welche als Ersatzmittel für Wolle in Betracht kommen können, Vorschriften zu erlassen und für die genannten Waren Höchstpreise festzusetzen.

Art. 2. Das Volkswirtschaftsdepartement wird zur Regelung des Verkehrs mit den in Art. 1 genannten Waren eine Zentralstelle mit Sitz in Bern (Wollzentrale) errichten und dieser eine beratende Kommission bei-

geben, in welcher die Interessenten der Wollindustrie und des Wollhandels angemessen vertreten sind. Das Nähere hierüber bestimmt das Volkswirtschaftsdepartement. Es kann die Wollzentrale einer seiner Abteilungen oder Sektionen angliedern.

Art. 3. Das Volkswirtschaftsdepartement ist ermächtigt, Bestimmungen zu erlassen über die endgültige Erledigung von Streitigkeiten, die aus der Anwendung der gestützt auf diesen Bundesratsbeschluss von ihm erlassenen Vorschriften entstehen sollten.

Art. 4. Privatrechtliche Verträge oder Abmachungen, die den vom Volkswirtschaftsdepartement oder von den ihm untergeordneten kompetenten Amtsstellen erlassenen Vorschriften zuwiderlaufen, sind, soweit sie zur Zeit des Inkrafttretens der betreffenden Bestimmungen noch nicht beidseitig vollzogen sind, nichtig.

Art. 5. Wer den gestützt auf diesen Bundesratsbeschluss vom Volkswirtschaftsdepartement oder den von diesem bezeichneten Amtsstellen erlassenen Vorschriften oder Einzelverfügungen zuwiderhandelt, wird bestraft.

Ist die Uebertretung vorsätzlich begangen worden, so besteht die Strafe in Geldbusse bis zu Fr. 20,000 oder Gefängnis bis auf 3 Monate. Die beiden Strafen können verbunden werden.

Fahrlässige Uebertretungen werden mit Geldbusse bis auf Fr. 5000 bestraft.

In schweren Fällen kann überdies die Konfiskation der Ware angeordnet werden.

Art. 6. Die Verfolgung und Beurteilung der Uebertretungen liegt den kantonalen Gerichten ob. Der 1. Abschnitt des Bundesgesetzes vom 4. Februar 1853 über das Bundesstrafrecht der schweizerischen Eidgenossenschaft findet Anwendung.

Das Volkswirtschaftsdepartement ist jedoch berechtigt, Uebertretungen gestützt auf Art. 5 hiervor in jedem einzelnen Uebertretungsfall und gegenüber jeder einzelnen der beteiligten Personen und Firmen mit Busse bis zu Fr. 20,000 zu bestrafen und damit die betreffenden Uebertretungsfälle zu erledigen oder aber die Schuldigen den kompetenten Gerichtsbehörden zur Bestrafung zu überweisen.

Der Bussenentscheid des Departements ist ein endgültiger; er kann mit Konfiskation der Ware verbunden werden. Das Volkswirtschaftsdepartement kann den Tatbestand von sich aus feststellen lassen oder aber die kantonalen Behörden mit einer Untersuchung beauftragen.

Art. 7. Dieser Beschluss tritt am 24. Januar 1918 in Kraft. Das Volkswirtschaftsdepartement ist mit dem Vollzuge beauftragt. Es kann einzelne seiner Befugnisse der Abteilung für industrielle Kriegswirtschaft oder direkt der Wollzentrale übertragen.

Wollversorgung des Landes

(Verfügung des schweizerischen Volkswirtschaftsdepartements vom 18. Januar 1918.)

Das schweizerische Volkswirtschaftsdepartement, auf Grund des Bundesratsbeschlusses vom 18. Januar 1918 betreffend Wollversorgung des Landes,

verfügt:

I. Zur Regelung des Verkehrs in Wolle, Wollhalbfabrikaten und Wollfabrikaten sowie solcher Artikel, welche als Ersatzmittel in Betracht kommen können, wird als Untersektion der Sektion Textil- und Luxusindustrie der Abteilung für industrielle Kriegswirtschaft eine Zentralstelle in Bern (Wollzentrale) geschaffen.

II. Der Wollzentrale wird eine beratende Kommission beigegeben, welche aus Vertretern des Volkswirtschaftsdepartements, des Militärdepartements, der Wollindustrie und des Wollhandels besteht.

Die Mitglieder der Kommission werden vom Volkswirtschaftsdepartement im Einvernehmen mit dem Militärdepartement und nach Anhörung der Interessentenkreise ernannt.

III. Anordnungen und Verfügungen der Wollzentrale, welche direkt oder indirekt die Sicherstellung des Heeresbedarfes an Wolle beeinflussen, dürfen nicht gegen den Einspruch des Vertreters der Kriegstechnischen Abteilung getroffen werden. In solchen Fällen entscheidet das Volkswirtschaftsdepartement.

IV. Soweit Bestandesaufnahmen und Beschlagnahmungen von Wolle, Wollhalbfabrikaten oder Wollfabrikaten erforderlich sein sollten, unterbreitet die Wollzentrale dem Volkswirtschaftsdepartement Vorschläge und führt dessen Verfügungen durch.

V. Die Wollzentrale trifft die zur Streckung und Ergänzung der Wollvorräte in der Schweiz und zur Regelung des Verkehrs in Schweizerwolle notwendigen Anordnungen.

VI. Streitigkeiten, welche bei der Handhabung der vom Volkswirtschaftsdepartement oder von der Wollzentrale in Ausführung dieser Verfügung erlassenen Vorschriften betreffend Lieferungsverschiebungen und Aufhebung von Liefcrungsverträgen entstehen, werden unter Ausschluss des ordentlichen Rechtsweges endgültig durch ein vom Volkswirtschaftsdepartement nach Anhörung der Interessentenkreise zu bestellendes, dreigliedriges Schiedsgericht entschieden. Dessen Entscheide sind einem rechtskräftigen Urteil des Bundesgerichtes gleichgestellt.

VII. Zuwiderhandlungen gegen diese Verfügung oder die Anordnungen der Wollzentrale werden nach Massgabe der Art. 5 und 6 des Bundesratsbeschlusses vom 18. Januar 1918 bestraft.

VIII. Diese Verfügung tritt am 24. Januar 1918 in Kraft.

Eidgenössische Kriegsgewinnsteuer

Unter Hinweis auf den Bundesratsbeschluss vom 18. September 1916 betreffend die eidgenössische Kriegsgewinnsteuer (siehe Gesetzessammlung Bd. XXXII, S. 351) erlässt die eidgenössische Kriegssteuerverwaltung folgende

Aufforderung zur Einreichung der Steuererklärung für die Kriegsgewinnsteuer des Geschäftsjahres 1916/1917:

Die Einzelpersonen und Erwerbsgesellschaften (mit Inbegriff der Genossenschaften, Vereine mit Erwerbszweck, usw.), die im Geschäftsjahre 1916/1917 steuerbare Kriegsgewinne erzielt haben, werden aufgefordert, dieselben bis spätestens am 10. Februar 1918 bei der eidgenössischen Kriegssteuerverwaltung in Bern anzumelden. Die Aufforderung betrifft die Einzelpersonen und Gesellschaften, die ihre Rechnungen übungsgemäss nicht mit dem Kalenderjahr (auf den 31. Dezember), sondern im Laufe des Jahres abschliessen. Die Steuererklärung für das Geschäftsjahr 1917 derjenigen Firmen, die ihre Rechnungen auf Ende des Kalenderjahres (31. Dezember) abschliessen, wird später einverlangt werden.

Soweit die Steuerpflichtigen der eidgenössischen Kriegssteuerverwaltung schon bekannt sind, werden ihnen Formulare zur Selbsterklärung der steuerbaren Kriegsgewinne zugestellt. Sie haben die Selbsterklärung innert 14 Tagen nach Erhalt gehörig ausgefüllt und unterschrieben mit den nötigen Belegen (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, usw.) der eidgenössischen Kriegssteuerverwaltung mittelst eingeschriebenen Briefes einzusenden. Die Ausfüllung und Rücksendung des Formulars hat auch dann zu erfolgen, wenn der zur Abgabe der Steuererklärung Aufgeforderte keine Kriegsgewinne erzielt hat oder sich sonst nicht als steuerpflichtig erachtet.

Personen und Gesellschaften, die nur gelegentlich Handelsgeschäfte abschliessen, haben den aus solchen Geschäften erzielten Kriegsgewinn jeweilen sofort nach Abschluss der betreffenden Geschäfte der eidgenössischen Kriegssteuerverwaltung unter Vorlage der nötigen Belege anzumelden.

Wer ein ihm zur Abgabe der Steuererklärung zugestelltes Formular nicht rechtzeitig und gehörig ausgefüllt und unterschrieben zurücksendet, kann mit einer Ordnungsbusse von Fr. 5 bis Fr. 50 bestraft werden.

Der Umstand, dass ein Steuerpflichtiger kein Formular erhalten hat, entbindet ihn nicht von der Pflicht der Selbsteinschätzung. Steuerpflichtige, denen bis zum 31. Januar 1918 kein Formular zugekommen ist, haben sofort ein solches bei der eidgenössischen Kriegssteuerverwaltung zu verlangen.

Ein Steuerpflichtiger, der bis zum 10. Februar 1918 steuerbare Kriegsgewinne des Geschäftsjahres 1916/1917 bei der eidgenössischen Kriegssteuerverwaltung in Bern nicht anmeldet, macht sich der Steuerverheimlichung schuldig, und es haben nach Massgabe von Art. 30 des Bundesratsbeschlusses betreffend die Kriegsgewinnsteuer er oder seine Erben das Doppelte der hinterzogenen Steuer nachzuzahlen; überdies kann eine Steuerbusse von Fr. 100 bis Fr. 25,000 ausgesprochen werden.

Deklarationspflicht für Reisendengepäck bei der Ausfuhr

Die schweizerische Oberzolldirektion gibt bekannt, dass aus der Schweiz Ausreisende, welche Gepäck mit sich führen, gehalten sind, für die Dauer der Ausfuhrverbote dem abfertigenden Zollbeamten bestimmte Auskunft bezüglich allfällig vorhandener Waren oder Gegenstände, die dem Ausfuhrverbot unterliegen, zu erteilen. Wenn eine solche Inhaltserklärung nicht ohne weiteres abgegeben werden kann, so steht es dem Reisenden frei, sich das Verzeichnis dieser Waren vorlegen zu lassen, wobei der Zolldienst auf Verlangen mit sachdienlicher Belehrung an die Hand gehen wird. Dagegen wird die Erklärung, der abfertigende Beamte möge nachsehen oder eine ähnliche Angabe nicht angenommen. Der Zolldienst ist vielmehr angewiesen, Reisegepäck erst dann in Behandlung zu nehmen und zur Ausfuhr freizugeben, wenn diese Inhaltserklärung vorliegt, vorausgesetzt, dass kein anderer Anlass zur Beanstandung besteht.

Die Verheimlichung von Waren, die dem Ausfuhrverbot unterliegen, hat deren Beschlagnahme zur Folge und wird gemäss den bestehenden Vorschriften bestraft.

* * *

Mesures destinées à développer la production des denrées alimentaires

(Arrêté du Conseil fédéral du 15 janvier 1918.)

Article premier. Les gouvernements cantonaux sont invités à prendre, en vertu des dispositions du présent arrêté, toutes les mesures propres à augmenter la production des denrées alimentaires du pays. Ils encourageront notamment, par tous les moyens dont ils disposent, la culture des plantes qui fournissent des aliments immédiatement utilisables.

Art. 2. Dans ce but, les cantons institueront un office cantonal pour l'intensification de la production agricole. Cet office, qui peut d'ailleurs être réuni à un service déjà créé, a pour mission, d'entente avec les organes du Département suisse de l'économie publique, d'encourager de toute manière la production des denrées alimentaires, d'exécuter et d'appliquer les mesures prescrites et de surveiller l'activité déployée par les communes, les corporations et les particuliers en matière d'intensification de la production agricole.

Art. 3. A leur tour, les communes institueront un office communal pour l'augmentation de la production agricole (commissions agricoles), lequel est chargé d'ordonner, de diriger et de surveiller l'exécution des mesures prescrites par les organes fédéraux et cantonaux.

I. Obligation de cultiver.

Art. 4. Tout propriétaire ou fermier de terrain est tenu: a) de cultiver en céréales de printemps, mais pour le grain, légumineuses, pommes de terre, carottes, rutabagas, choux de toutes espèces, autres légumes ainsi qu'en plantes oléagineuses une surface au moins égale à celle qu'il a déclarée lors du recensement fédéral des terrains cultivés, qui a eu lieu du 7 au 14 juillet 1917; b) de procéder à l'augmentation des plantations de pommes de terre, prescrite par l'arrêté du Conseil fédéral du 17 décembre 1917 concernant la prise d'inventaire et la culture des pommes de terre, c'est-à-dire de cultiver les surfaces qui lui seront attribuées à cet effet par les offices fédéraux ou cantonaux ou par les communes.

Lorsque le terrain change de propriétaire ou de fermier, l'obligation de le cultiver passe au nouveau propriétaire ou fermier.

Art. 5. Quiconque n'a pas été en mesure de remplir ses obligations relatives à l'intensification de la culture des céréales d'automne (arrêté du Conseil fédéral du 3 septembre 1917 concernant le développement de la culture des céréales indigènes) ou quiconque est obligé, par suite du gel, de retourner du terrain ensemencé en céréales panifiables d'automne, est tenu, sans préjudice des obligations prévues à l'article 4, d'ensemencer une surface au moins égale en céréales de printemps (froment, seigle, orge ou maïs pour le grain).

L'Office fédéral du pain, Division des blés indigènes, contrôle l'accomplissement des obligations relatives à la culture des céréales de printemps. Pour ce qui concerne les autres plantes cultivées en plein champ, des dérogations peuvent être autorisées par la Division de l'agriculture du Département fédéral de l'économie publique.

Art. 6. Tout propriétaire ou fermier de terrain cultivable est tenu de subvenir, par la culture de celui-ci, tout au moins à ses propres besoins en légumes et pommes de terre, à condition que le terrain à sa disposition le lui permette.

Tout possesseur de chevaux de luxe a l'obligation de se procurer, par sa propre culture, l'avoine et les autres denrées fourragères qui lui sont nécessaires, à moins qu'il ne prouve être dans l'impossibilité de se conformer à cette prescription.

Art. 7. Le Département de l'économie publique est autorisé à édicter des prescriptions sur la culture de produits du sol, en particulier sur l'augmentation des surfaces à ensemencer ou à planter (pour ce qui concerne les céréales, d'entente avec le Département militaire), sur les soins à donner aux cultures, sur la récolte, sur la lutte contre les maladies des plantes, la mise en cave et la conservation des produits du sol et des denrées alimentaires de tous genres.

Il peut imposer aux particuliers, aux chefs d'exploitations de toute nature et aux communes des obligations spéciales touchant la culture des plantes.

Art. 8. Les cantons peuvent ordonner pour certaines cultures et certains légumes une intensification de la culture outrepassant les limites prescrites par l'autorité fédérale et astreindre toute personne à cultiver une certaine surface de terrain. Ils peuvent imposer aux communes des obligations à cet égard. Ils ont notamment le droit d'obliger les particuliers, les métiers, les entreprises industrielles et commerciales de tous genres, les associations, les sociétés, les établissements et les communes à subvenir eux-mêmes, totalement ou en partie, par la culture du terrain leur appartenant ou affermé par eux, aux besoins en denrées alimentaires de leurs ouvriers et aux besoins en matières fourragères de leurs bêtes de trait, dans la mesure où un tel terrain est disponible ou peut être attribué dans le but indiqué.

Art. 9. Chacun a l'obligation de cultiver rationnellement le terrain qui lui appartient ou lui est confié et de tirer parti de toute sa force productive.

Les jardins d'agrément, les places de sport et de jeux, les parcs privés et publics, les chantiers et les emplacements de construction inutilisés ou non indispensables seront apprêtés pour la mise en culture et plantés notamment en pommes de terre et en légumes. Sera écartée toute réclamation qui n'est pas justifiée par l'intérêt public ou par des difficultés techniques d'une nature impérieuse.

II. Mesures en vue d'obtenir du terrain.

Art. 10. Les gouvernements cantonaux sont autorisés, en vue d'augmenter la production des plantes servant à l'alimentation: a) à affermer pour le compte du canton, par voie de contrainte, pour l'année 1918 et, au besoin, pour les années suivantes, tout terrain cultivable, y compris les parcs privés et publics, qui est laissé inculte ou est cultivé défectueusement ou irrationnellement soit par le propriétaire, soit par le fermier; b) à cultiver ce terrain pour le compte du canton ou à le remettre à des communes, des associations, des entreprises d'utilité publique, des exploitations industrielles ou à des particuliers, notamment à des agriculteurs capables, sous réserve qu'il soit utilisé de la manière la plus rationnelle pour assurer la production de denrées alimentaires; c) à affermer par voie de contrainte pour 1918, et, au besoin, pour les années suivantes, si cela est nécessaire pour augmenter la production notamment de produits des champs et de produits maraîchers, du terrain affecté à d'autres cultures, notamment celui qui a été amélioré au cours des dix dernières années avec l'appui de l'Etat, et à procéder comme il est indiqué sous lettre b; d) à imposer à tout propriétaire dont le terrain peut, à la suite d'une amélioration, être rendu propre, en temps utile, à la production de denrées alimentaires, l'obligation d'améliorer immédiatement ce terrain et de le mettre en culture d'une manière appropriée, ou bien à exproprier le terrain, à procéder eux-mêmes à son amélioration avec l'appui de la Confédération et à le faire cultiver rationnellement; e) à déléguer, avec les garanties nécessaires, les pouvoirs qui leur sont conférés sous lettres a à d ci-dessus, aux conseils communaux pour ce qui concerne le territoire de la commune.

Art. 11. Les gouvernements cantonaux et les conseils communaux sont autorisés à suspendre ou même à annuler des baux relatifs à du terrain appartenant au canton ou à la commune, pour utiliser ce terrain de manière à intensifier la production des denrées alimentaires.

Art. 12. Les gouvernements cantonaux statuent définitivement sur l'obligation de remettre, dans le sens des articles 10 et 11, du terrain au canton et à la commune; ils statuent également en dernier ressort sur la durée de cette obligation. Les décisions prises en cette matière par les conseils communaux peuvent être déférées aux gouvernements cantonaux par voie de recours.

Le propriétaire dont le terrain est mis à contribution ainsi que le fermier dont le bail à ferme est annulé ou suspendu à teneur des art. 10 et 11 ci-dessus seront indemnisés équitablement. Toute contestation relative au montant de l'indemnité sera tranchée librement et sans appel par un tribunal arbitral que le gouvernement cantonal instituera pour tout le canton ou pour certaines régions.

Art. 13. Les dispositions qui précèdent ne sont pas applicables à la propriété de la Confédération. Le Conseil fédéral ou le département compétent, d'entente avec le Département de l'économie publique, prend les dispositions nécessaires en ce qui concerne l'utilisation de cette propriété.

Les terrains cantonaux et communaux servant de places d'armes ou de tir ne peuvent être utilisés en conformité des articles 10 et 11 qu'avec le consentement du Département militaire de la Confédération suisse.

Art. 14. Les autorités communales, en particulier celles des villes ainsi que des localités industrielles, prendront les mesures nécessaires pour que toute famille habitant la commune, si elle désire cultiver des produits en vue de subvenir à sa propre alimentation, puisse obtenir, contre indemnité équitable, une étendue de terrain cultivable d'une superficie convenable. La même obligation incombe aux entreprises industrielles à l'égard de leurs ouvriers majeurs, à moins que ces derniers n'obtiennent d'une autre manière le terrain cultivable qui leur est nécessaire. Si l'autorité communale et le fabricant ne parviennent pas à se procurer le terrain nécessaire, le gouvernement cantonal leur en facilitera l'affermage, conformément aux dispositions des articles 10 et 11. Lorsqu'il n'est pas possible d'obtenir dans le voisinage d'une localité du terrain approprié à la culture, il en sera mis ailleurs à la disposition des intéressés et, au besoin, ce terrain sera cultivé pour le compte de la commune ou du fabricant.

Art. 15. Les autorités communales, les associations, les fabricants, etc. ont l'obligation de veiller à ce que le terrain procuré par leur intermédiaire soit cultivé rationnellement, les cultures entretenues convenablement et les produits de la récolte utilisés soigneusement; ils faciliteront autant que possible aux détenteurs de terrain l'acquisition de semences, d'instruments aratoires et d'engrais.

Art. 16. La Confédération alloue en faveur des améliorations foncières prévues à l'article 10, lettre d, des subventions à teneur des dispositions de la loi fédérale du 22 décembre 1893 concernant l'amélioration de l'agriculture. A la demande des autorités cantonales, la Confédération versera, pour l'exécution des travaux, des avances sur les subsides fédéraux alloués, à condition que les cantons se portent garants d'une bonne exécution technique des ouvrages et versent eux-mêmes des avances sur les subventions cantonales.

III. Mesures pour obtenir la main-d'oeuvre.

Art. 17. Pour la culture des terrains exploités par la communauté, pour la rentrée des récoltes et pour l'exécution d'améliorations foncières, les gouvernements cantonaux peuvent faire appel à toutes les personnes aptes à ces travaux et exiger des habitants qu'ils se prêtent une aide mutuelle.

Lorsque les circonstances le justifient, le gouvernement cantonal peut, sur présentation d'une demande spéciale, déléguer les dites compétences au conseil communal pour ce qui concerne le territoire de la commune. Cette délégation de compétences sera subordonnée aux garanties nécessaires.

En outre, les gouvernements cantonaux prendront les dispositions nécessaires pour assurer l'exploitation convenable de toute entreprise agricole dont l'activité pourrait être arrêtée pour cause de service militaire ou de maladie de son chef ou pour d'autres raisons sérieuses. Ils peuvent aussi appliquer dans ce but les mesures prévues par le premier alinéa du présent article.

Art. 18. Les cantons et les communes pourvoient à la participation rationnelle des écoles au développement de la production des denrées alimentaires.

Art. 19. S'il n'était pas possible, malgré les mesures prises par les autorités communales et cantonales en conformité de l'article 17, d'obtenir la main-d'oeuvre nécessaire pour le maintien d'exploitations agricoles et l'exécution d'améliorations foncières d'une nature urgente, le Département militaire suisse procurera de la main-d'oeuvre par l'attribution de chômeurs ainsi que de déserteurs et réfractaires étrangers, dans le sens de l'arrêté du Conseil fédéral du 14 novembre 1917, d'hommes du landsturm et des services complémentaires, en conformité de l'arrêté du Conseil fédéral du 27 octobre 1917. Les dispositions de détail, en particulier celles concernant le service civil pour l'aide à fournir à l'agriculture, feront l'objet d'un arrêté spécial du Conseil fédéral.

IV. Mesures pour obtenir des matières auxiliaires, des instruments aratoires, des bêtes de trait, etc.

Art. 20. Dans le but d'assurer la production de denrées alimentaires, les gouvernements cantonaux sont autorisés à réquisitionner des machines agricoles, des instruments et outils aratoires, des bêtes de trait et des matières auxiliaires, à fixer les indemnités à verser de ce chef ou le maximum qu'elles ne peuvent dépasser. Lorsque les circonstances le justifient, les gouvernements cantonaux peuvent, sur présentation d'une demande spéciale, déléguer ces compétences aux conseils communaux pour ce qui concerne le territoire de la commune. Cette délégation de compétences sera subordonnée aux garanties nécessaires. Le Département suisse de l'économie publique a toutefois le droit d'édicter des prescriptions générales, suivant les besoins.

Art. 21. Le Département suisse de l'économie publique est autorisé à faire des commandes de produits alimentaires ou de machines agricoles, d'instruments et d'outils aratoires, d'engrais artificiels, de matières fourragères ou d'autres articles indispensables de l'agriculture ou de la branche alimentaire, aux entreprises de l'industrie et des métiers qui sont propres à la fabrication de ces marchandises. Les entreprises sont tenues d'accepter ces commandes et, sur réquisition, de les exécuter avant toutes autres; elles ne sont pas soumises à cette obligation dans la mesure où l'armée suisse les met déjà à contribution pour subvenir à ses besoins.

Art. 22. Les marchandises livrées en conformité de l'article 21 seront payées à des prix équitables, dont le montant, en cas de contestation, sera arrêté par des commissions d'estimation. Ces commissions se composent de trois membres, auxquels est adjoint un secrétaire. Les membres et le secrétaire sont nommés par le Conseil fédéral.

Art. 23. La Confédération ne répond pas du dommage occasionné aux entreprises elles-mêmes ou à des tiers par l'application de l'article 21. L'entreprise mise à contribution en vertu de l'article 21 peut invoquer le cas de force majeure vis-à-vis des tiers qui l'actionnent pour inexécution ou pour exécution tardive de contrats de livraison, à condition que l'inexécution ou le retard soit la conséquence directe de la commande faite par le Département de l'économie publique.

Art. 24. Le Département suisse de l'économie publique est autorisé à procéder aux enquêtes nécessaires, à édicter des prescriptions et, de concert avec les organes cantonaux ou les associations, sociétés d'utilité publique et particuliers, à prendre des mesures pour assurer l'obtention, la fourniture et la répartition de semences, de plantes, d'engrais ainsi que d'autres matières auxiliaires, et à pourvoir aux moyens de renseigner la population sur l'emploi de ces matières. Il peut imposer à certains cantons, à certaines associations ou entreprises l'obligation de cultiver et de fournir des quantités déterminées de semences et prendre les dispositions nécessaires pour la répartition de ces semences.

Art. 25. Le Département de l'économie publique a le droit d'édicter des prescriptions sur le ramas, le traitement, la délivrance, l'utilisation et la transformation des déchets et résidus de tous genres provenant des ménages, des exploitations agricoles, des entreprises industrielles, des arts et métiers, de fixer les prix maxima de ces matières, de restreindre ou d'interdire totalement la destruction par le feu des ordures ménagères.

En prenant des mesures de ce genre, le Département de l'économie publique peut annuler, en conformité de l'article 23 ci-dessus, les contrats qui sont contraires aux dites mesures.

Art. 26. Les gouvernements cantonaux peuvent soumettre à des mesures restrictives la garde de chiens, en particulier des chiens de luxe, et conférer aux communes des compétences à cet égard.

V. Mesures d'application et dispositions pénales.

Art. 27. A moins que les dispositions qui précèdent ne prévoient expressément le contraire, le Département suisse de l'économie publique est chargé de l'exécution du présent arrêté et de la promulgation des prescriptions nécessaires à cet effet. Il peut déléguer à cet égard certaines de ses compétences à sa Division de l'agriculture ou à d'autres services qui lui sont subordonnés.

Le département compétent décide, d'entente avec le Département de l'économie publique, des obligations que le présent arrêté impose aux établissements de la Confédération.

Art. 28. Pour l'application du présent arrêté, le Département de l'économie publique et le Département militaire peuvent exiger le concours des autorités cantonales et communales, leur conférer certaines compétences et leur imposer des obligations déterminées. Sur réquisition, les cantons et les communes feront rapport au sujet de leur activité.

Art. 29. Le Département de l'économie publique et le Département militaire sont autorisés: a) à contribuer, par des subsides, aux prestations faites par les cantons, les communes et les associations d'utilité publique pour l'obtention de terrain cultivable et de semences, en vue de faciliter aux personnes nécessiteuses la production de denrées alimentaires; b) à allouer, sous des conditions qu'il fixera, aux cantons et aux associations d'utilité publique qui ont pour but d'intensifier la production des denrées alimentaires, des subsides en vue de la fabrication et de l'acquisition de machines agricoles et instruments aratoires, en particulier de charrues automobiles ou de tracteurs, ou à faire lui-même l'acquisition de ces machines pour le compte de la Confédération et à les louer contre indemnité équitable.

Art. 30. Les gouvernements cantonaux peuvent déclarer applicables aux districts ou à d'autres corporations de droit public les dipositions du présent arrêté relatives aux communes.

Art. 31. Lorsque l'autorité communale ne prend pas ou n'exécute pas les mesures qui résultent du présent arrêté et sont commandées par les

circonstances ou lorsqu'elle prend et exécute ces mesures d'une manière défectueuse, le gouvernement cantonal les appliquera suivant les besoins. La même obligation incombe au Département de l'économie publique, le cas échéant, au Département militaire, lorsqu'un canton ne remplit pas sa tâche en ce qui concerne l'augmentation de la production de denrées alimentaires.

Art. 32. Dans l'attribution et le rationnement de denrées alimentaires, l'autorité tiendra équitablement compte des surfaces de terrain attribuées aux particuliers, exploitations, établissements, communes et cantons. Quiconque n'aura pas rempli ses obligations sera frappé, dans l'attribution du produit alimentaire en cause, d'une réduction proportionnée au degré de la faute.

Art. 33. Celui qui contrevient aux dispositions du présent arrêté, aux prescriptions d'exécution ou aux dispositions particulières édictées en exécution de cet arrêté par le Département de l'économie publique, le Département militaire ou les autorités cantonales et communales,

celui qui élude ou cherche à éluder, ou qui, intentionnellement ou par négligence, applique de telle sorte qu'elles n'atteignent pas leur but les dispositions du présent arrêté ou les prescriptions d'exécution édictées par le Département de l'économie publique, le Département militaire et les autorités cantonales et communales,

est punissable.

Lorsque la contravention a été commise intentionnellement, le contrevenant est passible de l'amende jusqu'à 20,000 francs ou de l'emprisonnement jusqu'à trois mois. Les deux peines peuvent être cumulées.

Les contraventions commises par négligence seront punies de l'amende jusqu'à 10,000 francs.

La première partie du Code pénal fédéral du 4 février 1853 est applicable.

Art. 34. La poursuite et le jugement des contraventions sont du ressort des cantons. Ceux ci doivent surveiller, par l'intermédiaire de leurs organes, l'observation des prescriptions édictées par le Conseil fédéral ou le Département de l'économie publique.

Le Département de l'économie publique et le Département militaire ont le droit de prononcer, en vertu de l'article 33 qui précède, pour contravention aux dispositions du présent arrêté, aux prescriptions ou aux dispositions particulières édictées en vertu de cet arrêté, une amende jusqu'à 10,000 francs dans chaque cas de contravention et contre chacune des personnes impliquées et de liquider ainsi les cas de contravention dont il s'agit, ou de déférer les inculpés à l'autorité judiciaire compétente. Les décisions par lesquelles l'un ou l'autre de ces départements infligent des amendes sont définitives.

Ces départements peuvent faire procéder d'eux-mêmes à la constatation des faits dans les différents cas de contravention ou confier l'instruction aux autorités cantonales.

Art. 35. Le présent arrêté entre immédiatement en vigueur et abroge l'arrêté du Conseil fédéral du 16 février 1917 concernant le développement de la production agricole[1]).

Approvisionnement du pays en laine

(Arrêté du Conseil fédéral du 18 janvier 1918.)

Article premier. Le Département suisse de l'économie publique est autorisé à prendre les dispositions nécessaires pour assurer l'approvisionnement du pays en laine, articles mi-fabriqués et articles fabriqués en laine. Il est notamment autorisé à édicter des prescriptions sur l'importation de la laine, sur le commerce et l'emploi de laine, articles mi-fabriqués et articles fabriqués en laine, ainsi que d'articles susceptibles d'être envisagés comme succédanés de la laine, et à fixer des prix maxima pour les marchandises susdésignées.

Art. 2. En vue de régler le commerce des mararchandises énumérées à l'article 1er, le Département de l'économie publique instituera un office central avec siège à Berne (centrale de la laine) et lui adjoindra une commission consultative dans laquelle les intéressés de l'industrie de la laine et du commerce de la laine seront duement représentés. Toutes dispositions plus détaillées à ce sujet seront arrêtées par le Département de l'économie publique. Il pourra rattacher la centrale de la laine à une de ses divisions ou sections.

Art. 3. Le Département de l'économie publique est autorisé à édicter des prescriptions à l'effet de régler définitivement les différends auxquels pourrait donner lieu l'application des dispositions qu'il aura établies sur la base du présent arrêté.

Art. 4. Les contrats ou arrangements de droit privé qui contreviennent aux prescriptions édictées par le Département de l'économie publique ou par les offices compétents qui lui sont subordonnés, sont nuls et non avenus, en tant que leur exécution bilatérale n'a pas encore eu lieu à la date de l'entrée en vigueur de ces prescriptions.

Art. 5. Sera puni quiconque transgresse les prescriptions générales ou décisions spéciales rendues sur la base du présent arrêté par le Département de l'économie publique ou les offices désignés par lui.

Si la contravention a été commise intentionnellement, la peine encourue est l'amende jusqu'à 20,000 francs ou l'emprisonnement jusqu'à trois mois. Les deux peines peuvent être cumulées.

S'il s'agit d'une contravention commise par négligence, la peine encourue est l'amende jusqu'à 5000 francs.

Dans des cas d'une particulière gravité, la confiscation de la marchandise peut être prononcée.

Art. 6. La poursuite et le jugement des contraventions sont du ressort des tribunaux cantonaux. La première partie du Code pénal fédéral du 4 février 1853 est applicable. Le Département de l'économie publique est toutefois autorisé à punir d'amende jusqu'à 20,000 francs chacune des personnes ou sociétés impliquées dans un des cas de contravention visés par l'article 5 susénoncé et à liquider ainsi les cas de contravention, ou bien au contraire à déférer les délinquants aux autorités judiciaires compétentes.

La décision du Département infligeant une amende est définitive; elle peut être suivie de la confiscation de la marchandise.

Le Département de l'économie publique peut faire procéder de lui-même à la constatation des faits ou confier l'instruction aux autorités cantonales.

Art. 7. Le présent arrêté entre en vigueur le 24 janvier 1918. Le Département de l'économie publique est chargé de son exécution. Il peut déléguer certaines de ses compétences à la Division de l'économie industrielle de guerre ou directement à la centrale de la laine.

Approvisionnement du pays en laine

(Décision du Département suisse de l'économie publique du 18 janvier 1918.)

Le Département suisse de l'économie publique, se fondant sur l'arrêté du Conseil fédéral du 18 janvier 1918 concernant l'approvisionnement du pays en laine,

décide:

I. Aux fins de réglementer le commerce de la laine, des articles mi-fabriqués et articles fabriqués en laine ainsi que des articles pouvant être envisagés comme succédanés de la laine, il est institué, avec siège à Berne, un office central (centrale de la laine) dépendant de la Division de l'économie industrielle de guerre comme sous-section de la section des industries textiles et de luxe.

II. La centrale de la laine est assistée d'une commission consultative, composée de représentants du Département de l'économie publique, du Département militaire, de l'industrie de la laine et du commerce de la laine.

Les membres de la commission sont nommés par le Département de l'économie publique, d'entente avec le Département militaire et après consultation des cercles intéressés.

III. La centrale de la laine ne peut pas prendre de dispositions et décisions ayant une répercussion directe ou indirecte sur l'approvisionnement de l'armée en laine, s'il y est formé opposition par le représentant du service technique militaire. En pareil cas, il appartient au Département de l'économie publique de décider.

IV. En tant que des prises d'inventaire et des séquestres de laine, d'articles mi-fabriqués ou d'articles fabriqués en laine s'avèrent indispensables, la centrale de la laine soumet des propositions au Département de l'économie publique et exécute les décisions de ce dernier.

V. La centrale de la laine prend toutes dispositions indispensables à l'effet d'augmenter et de compléter les provisions de laine du pays et de régler le commerce de laine indigène.

VI. Les différends auxquels peut donner lieu l'application des prescriptions édictées par le Département de l'économie publique ou par la centrale de la laine en exécution de la présente décision au sujet d'ajournement de livraisons et de suspension de la validité de contrats de livraisons sont tranchés définitivement et à l'exclusion de la voie juridique ordinaire par le tribunal arbitral de trois membres nommés par le Département de l'économie publique, après consultation des cercles intéressés. Les décisions du tribunal arbitral sont assimilées à un arrêt exécutoire du Tribunal fédéral.

VII. Les contraventions à la présente décision ou aux dispositions de la centrale de la laine seront punies conformément aux art. 5 et 6 de l'arrêté du Conseil fédéral du 18 janvier 1918.

VIII. La présente décision entre en vigueur le 24 janvier 1918.

Impôt fédéral sur les bénéfices de guerre

En vertu de l'arrêté du Conseil fédéral du 18 septembre 1916 concernant l'impôt fédéral sur les bénéfices de guerre (voir Recueil officiel des lois suisses, vol. XXXII, page 355), l'Administration fédérale de l'impôt de guerre publie l'invitation suivante à présenter une **déclaration en vue de l'impôt sur les bénéfices de guerre de l'année commerciale 1916/1917:**

Les particuliers et les sociétés à but lucratif (y compris les sociétés coopératives, les associations poursuivant un but lucratif, etc.) qui, durant l'année commerciale 1916/17 ont réalisé des bénéfices de guerre imposables, sont invités à déclarer jusqu'au 10 février 1918 au plus tard ces bénéfices à l'administration fédérale de l'impôt de guerre, à Berne. La présente invitation s'adresse aux particuliers et aux sociétés qui ont l'habitude de clôturer leurs comptes non pas avec l'année civile (au 31 décembre), mais dans le courant de l'année. La déclaration d'impôt pour l'exercice 1917 des maisons qui clôturent leurs comptes à la fin de l'année civile (au 31 décembre) leur sera réclamée ultérieurement.

L'administration fédérale de l'impôt de guerre remettra aux contribuables qui lui sont déjà connus des formulaires en vue d'une déclaration personnelle de leur bénéfice de guerre imposable. Les contribuables ont l'obligation de retourner à l'administration fédérale de l'impôt de guerre, dans le délai de 14 jours, leur déclaration faite d'une manière exacte et dûment signée et d'y joindre les annexes nécessaires (bilans, comptes de profits et pertes, etc.) Le formulaire doit être rempli et retourné même si la personne invitée à présenter une déclaration d'impôt n'a pas réalisé de bénéfices de guerre ou si elle estime pour un motif quelconque n'être pas soumise à l'obligation de payer l'impôt.

Les particuliers et les sociétés qui ne concluent qu'occasionnellement des affaires commerciales doivent donner connaissance à l'administration fédérale de l'impôt de guerre, chaque fois immédiatement après la conclusion de l'opération en question, du bénéfice de guerre réalisé dans des opérations de ce genre. Ils joignent à leurs avis les annexes nécessaires.

Les contribuables qui ne retournent pas dans le délai prescrit le formulaire qui leur a été remis en vue de présenter leur déclaration d'impôt peuvent être punis d'une amende d'ordre de 5 à 50 francs.

Le fait qu'un contribuable n'a pas reçu de formulaire ne le délie pas de l'obligation de présenter une déclaration d'impôt. Les contribuables qui n'auraient pas reçu de formulaire jusqu'au 31 janvier 1918 auront l'obligation d'en demander immédiatement un à l'administration fédérale de l'impôt de guerre.

Les contribuables qui ne déclarent pas à l'administration fédérale de l'impôt de guerre, à Berne, jusqu'au 10 février 1918, leur bénéfice de guerre imposable de l'année commerciale 1916/17, se rendent coupables de dissimulation d'impôt et ils sont tenus, eux ou leurs héritiers, en vertu de l'article 30 de l'arrêté du Conseil fédéral concernant l'impôt sur les bénéfices de guerre, au paiement d'une contribution égale au double de l'impôt soustrait; ils peuvent être passibles en outre d'une amende d'impôt de 100 à 25,000 francs.

Déclaration obligatoire pour le bagage des voyageurs à l'exportation

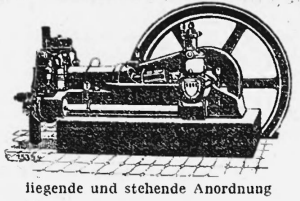
La direction générale des douanes suisses informe le public que les voyageurs sortant de Suisse avec des bagages sont tenus, tant que les interdictions d'exportation sont en vigueur, de renseigner exactement le fonctionnaire chargé de l'expédition douanière sur la présence de marchandises et objets tombant sous le coup des défenses de sortie. Si cette déclaration ne peut pas être donnée d'emblée, le voyageur peut se faire remettre la liste de ces marchandises et, sur demande, le service des douanes l'assistera en lui donnant les explications nécessaires. En revanche, une déclaration donnée dans le sens que le fonctionnaire de service peut examiner les colis, ou dans un sens semblable, n'est pas acceptée. Le service des douanes a au contraire reçu pour instruction de n'expédier les bagages et de n'en autoriser l'exportation que lorsqu'une déclaration du contenu est faite et à la condition qu'il n'y ait pas d'autre motif donnant lieu à contestation.

La dissimulation de marchandises frappées d'interdiction d'exportation est réprimée conformément aux prescriptions en vigueur et entraîne le séquestre de ces marchandises.

[1]) Voir Recueil officiel, tome XXXIII, page 69.

Annoncen-Regie: PUBLICITAS A. G. **Anzeigen — Annonces — Annunzi** Régie des annonces: PUBLICITAS S. A.

Deutzer Motoren
für alle flüssigen und gasförmigen Brennstoffe



liegende und stehende Anordnung

Schiffsmotoren, Lokomobilen, Lokomotiven

für Betrieb mit Benzin, Benzol, Petrol, Rohöl etc.
liefern als Generalvertreter für die Schweiz:

Würgler, Kleiser & Mann, Maschinenfabrik
Albisrieden-Zürich.
(338 Z) 120,

FRITZ MARTI
Aktiengesellschaft
= BERN =

Einladung
zur
12. ordentlichen Generalversammlung der Aktionäre
auf Samstag, den 2. Februar 1918, nachm. 3 Uhr im Hotel Schweizerhof (Bel-Etage), Bern

Tagesordnung:

1. Abnahme des Geschäftsberichtes und der Jahresrechnung auf 30. September 1917 und Bericht der Kontrollstelle.
2. Beschlussfassung über die Verwendung des Reingewinnes.
3. Wahl des Verwaltungsrates.
4. Wahl der Kontrollstelle.
5. Erhöhung des Aktienkapitals und Abänderung der Statuten.

Rechnung und Revisionsbericht sind vom 25. Januar ab zur Einsicht der Aktionäre im Geschäftslokal der Aktiengesellschaft, Murtenstrasse 83, aufgelegt.

Eintrittskarten zur Generalversammlung können vom 29. Januar bis 1. Februar im Bureau der Gesellschaft und bei der **Schweiz. Kreditanstalt in Zürich** gegen Vorweisung eines Nummernverzeichnisses der Aktien bezogen werden.

Bern, 21. Januar 1918.

Der Verwaltungsrat.

Präpariertes
Rollenkopierpapier
für die „RONEO"-Kopiermaschine liefert prompt
J. HASLER-EHRENBERG,
Wädenswil „FRANE"-Depot
(4737 Z) 49

Aktienbrauerei z. Gurten
Wabern-Bern

Dividenden-Zahlung

Coupon Nr. 13 pro 1917 unserer Aktien wird ab 1. Februar a. c. mit 118

Fr. 20.—

bei folgenden Zahlstellen eingelöst:

Schweiz. Volksbank Bern und deren Filialen und an unserer Geschäftskasse.

Wabern, den 15. Dezember 1917.

Der Verwaltungsrat.

Familiensitz (Schlössli)

in freier, aussichtsreicher Lage in **Bern,** Hauptbahnhof- und Tramnähe, **auf 1. Mai 1918 zu vermieten.** Haus enthält 13 Zimmer, Gas, Wasser, Zentralheizung und elektrisches Licht. Schöner Garten mit grossem Umschwung. Geeigneter Sitz für Diplomat, Künstler oder Privatmann. Käuflich. Offerten unter H. A. B. 128 an Publicitas A. G., Bern, worauf Näheres mitgeteilt wird.

Gasmotoren-Fabrik Deutz A.G. in Liq.

Laut Beschluss der Generalversammlung vom 15. Januar 1918 ist die Gasmotoren-Fabrik Deutz A. G. infolge Verkaufs des Geschäftes an die Kollektivgesellschaft Würgler, Kleiser & Mann in Liquidation getreten.

Die Gesellschaftsgläubiger werden hiermit gemäss Art. 665 O. R. aufgefordert, ihre Ansprüche bei dem bestellten Liquidator, Herrn J. Würgler, Letzigrabenstrasse, Albisrieden, bis 15. Februar 1918 anzumelden.

Albisrieden, den 16. Januar 1918. (337 Z) 122,

Gasmotoren-Fabrik Deutz A.G. in Liq.

Chambre des Experts-Comptables de Genève
Expertises — Vérifications — Comptabilité

LISTE DES MEMBRES

MM.
Ed. BOURQUIN, rue de la Corraterie, 24. Téléphone 74.09.
G. BOURQUIN, rue de la Corraterie, 24. Téléphone 74.09.
Louis CHAPON, place des Eaux-Vives, 3. Téléphone 62.55.
H. L. DUCHOSAL, rue du Stand, 56. Téléphone 6.94.
Louis FATIO, rue du Commerce, 9. Téléphone 26.61.
Ed. FOLLIET, rue du Stand, 60. Téléphone 67.47.
Ch. GUERCHET, rue Petitot, 10. Téléphone 9.85.

MM.
Aug. HERREN, rue Petitot, 10. Téléphone 9.85.
Ch. MIVILLE, rue Petitot, 10. Téléphone 11.43.
Eug. MOLL, boulev. Georges-Favon, 8. Téléphone 8.55.
Emile REH, place de la Fusterie, 12. Téléphone 71.15.
Michel ROBINET, vil. Renée. Montbrillant, 42. Téléphone 12.55.
H. SESIANO, boul. Georges-Favon, 8. Téléphone 8.55.
Ed. WOHLERS, rue Petitot, 2. Téléphone 42.11.

22001 **M. Jean PINGET,** rue du Môle, 13. Téléphone 58.32. (5022 X)

BANCA ITALIANA DI SCONTO
(Société anonyme)
Capital L. 115,000,000 entièrement versés — Réserves L. 4,000,000
Siège social et Direction centrale: ROME

CONVOCATION

Messieurs les actionnaires sont convoqués en **assemblée générale extraordinaire** pour le **dimanche 27 janvier 1918,** à 11 heures du matin, à **ROME, Piazza in Lucina 4,** à l'Association Commerciale, Industrielle, Agricole romaine, dans le but de délibérer sur les objets ci-après:

ORDRE DU JOUR:

1° Communications du conseil d'administration.
2° Proposition d'augmenter le capital social de L. 115,000,000 à L. 180,000,000 au moyen de l'émission de 130,000 actions de L. 500 chacune, et modalités y relatives.
3° Modifications — en rapport avec l'augmentation de capital proposée — à l'art. 4 des statuts de la société.

Pour le cas où l'assemblée ne réunirait pas un nombre d'actionnaires suffisant pour la constituer valablement, une deuxième assemblée sera tenue le **mardi 29 janvier 1918,** à la même heure et dans le même local, et il sera délibéré valablement à cette deuxième assemblée, quel que soit le montant du capital représenté.

Les actionnaires résidant en Suisse qui désirent prendre part à l'assemblée doivent déposer leurs actions, jusqu'au 21 janvier 1918 au plus tard, pendant les heures d'ouverture des guichets, aux caisses de

l'UNION DE BANQUES SUISSES
à Zurich

Rome, le 5 janvier 1918.

1311 (350 Z) **Le conseil d'administration.**

OFFICINE ELETTRO-MECCANICHE
Société anonyme — Capital Lit. 4,000,000
Siège social à Gênes

Les porteurs d'obligations 4½% Officine Elettro-Meccaniche sont informés que le capital de cette société vient d'être porté de

Lit. 2,000,000 à Lit. 4,000,000

Afin de mentionner cette augmentation de capital sur les obligations, celles-ci doivent être présentées au service des titres du **Comptoir d'Escompte de Genève** qui les pourvoira d'une estampille. (20074 X) 118

Vormundschaftsaufhebung

Die gemäss Art. 370 Z. G. B. unterm 31. März 1916 angeordnete Vormundschaft über **WYLER-Besenfelder, Julius,** Kaufmann, von St. Gallen, geb. 16. August 1871, wohnhaft Poststrasse 16 in St. Gallen (siehe Schweiz. Handelsamtsblatt Nr. 80 vom 4. April 1916), ist durch Beschluss des Waisenamtes St. Gallen vom 17. Januar 1918 aufgehoben worden. 128

Waisenamt der Stadt St. Gallen.

Zu verkaufen wegen Nichtgebrauch
4 Diktiermaschinen
mit Abschleifapparat und ca. 60 Wachswalzen. Komplette Einrichtung.

Offerten unter **H A B 107** befördert die **Publicitas A.-G., Bern.**

Buchhaltung
Abschlussarbeiten, Revisionen, Steuer- und Erbschaftsfragen. (O 1714 Q)
Eug. Nagel, Olten,
Treuhand und Notariat.

Fabrikationsräume in Zürich zu vermieten
Parterre eines Wohnhauses mit Gas, Wasser, elektr. Kraft und Licht, zweiseitige Zufahrt und Hofraum. Mit Entwicklung des Betriebes schritthaltend, könnten halbstockwerkweise weitere Räumlichkeiten nach Bedarf dazu genommen werden. **Hauskauf durch Interessent nicht ausgeschlossen.** Offerten unter Chiffre **P 92** an **Publicitas A. G., Winterthur.** 129.

Metall-Schilder
gegossen — geätzt
E. PFISTER & Cie
Schilderfabrik
ZÜRICH

Hartholz-Meilerkohlen
(Charbons de bois)
direkt vom Köhler an Konsument, liefert bei Bezügen von mindestens 5 Tonnen gegen Barzahlung vorteilhaft: (S 94 Y) 133.

Köhlerprodukte Grenchen.

Hotel
angestellte finden durch Veröffentlichung ihres Gesuches in der „Feuille d'Avis de Montreux" am schnellsten und sichersten

Stelle
in Montreux
oder Umgebung. Sich zu wenden an
PUBLICITAS A.G.
Schweiz. Annoncen-Expedition

Aktive Beteiligung
Kapitalkräftiger Mann sucht sich an nachweisbar gutrentierendem Fabrikations- oder Engros-Geschäft mit je nachdem grösserer Einlage aktiv zu beteiligen. — Ausführliche Offerten erbeten unter Chiffre **H. A. B. 112** an Publicitas A.-G., Bern.

Geschäftsbücher
Extraanfertigungen liefert billig und in kürzester Frist 278
C. A. Haab, Ebnat-Kappel.

Buchführung
Ordne zuverl., rasch, diskret vernachl. Buchführungen, Invent. u. Bilanzen, Bücherexpertisen, Einführung der amer. Buchführ., nach prakt. System, mit Geheimbuch. Prima Refer. Komme auch nach ausw. **H. Frisch, Neue Beckenhofstr. 15, Zürich 6.**

Buchdruckerei POCHON-JENT & BÜHLER in Bern — Imprimerie POCHON-JENT & BÜHLER à Berne